

**Rede
des Sprechers für Energiepolitik**

Volker Senftleben, MdL

zu TOP Nr. 34

Erste Beratung
**Arbeitsplätze in der Windenergiebranche sichern -
gesetzliche Rahmenbedingungen verbessern**

Antrag der Fraktion der SPD und der Fraktion der CDU - Drs. 18/1849

während der Plenarsitzung vom 26.10.2018
im Niedersächsischen Landtag

Es gilt das gesprochene Wort.

Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen!

Wir bekräftigen mit dem heutigen Entschließungsantrag unsere Entschlossenheit zum Gelingen der Energiewende und zur Sicherung der erneuerbaren Energien als einem für Niedersachsen besonders wichtigen Wirtschaftszweig.

Kontinuität und Verlässlichkeit sind entscheidende Schlüsselbegriffe für die Energiewende und für einen erfolgreichen und nachhaltigen Klimaschutz. Kontinuität und Verlässlichkeit sind deshalb von so herausragender Bedeutung, weil die Energiewende nur gelingen kann, wenn die Menschen auf die neue Technologie vertrauen können.

Vertrauen ist gerade im Arbeitsleben von großer Bedeutung. Rund 56.000 Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in der Windenergie vertrauen auf den langfristigen Fortbestand ihres Wirtschaftszweiges und damit verbunden auch auf den Erhalt ihrer Arbeitswelt.

Dieses Vertrauen kann aber nur wachsen, wenn die erneuerbaren Energien eine sichere und verlässliche Planungs- und Entwicklungsperspektive erhalten. Daher müssen wir die Bundesregierung auffordern, die vom Bundesrat geforderten Sonderausschreibungen und im Koalitionsvertrag vereinbarten zusätzlichen Ausschreibungsmengen von 4 Gigawatt Wind- und 4 Gigawatt Solarstrom zeitnah umzusetzen.

Ebenso muss konsequent daran gearbeitet werden, das Ziel, bis 2030 65 Prozent des Strombedarfs aus regenerativen Energien zu erzeugen, zu verankern und zu erreichen.

Diese Zielerreichung ist allerdings nur realistisch, wenn die Modernisierung alter Windenergieanlagen nicht auf die vorgesehenen Ausbaupfade angerechnet wird. Wir wollen zurück zum Nettoprinzip.

Niedersachsen ist das Windenergieland Nummer eins. Mit dieser Spitzenstellung sind aber auch besondere Anforderungen verbunden. Diese Anforderungen sind

wechselseitig. Wir alle wollen Klimaschutz sinnvoll und effektiv gestalten, um wirkungsvoll die Erderwärmung zu reduzieren und im Sinne des Pariser Klimaschutzabkommens zu begrenzen.

Dies kann nur von Erfolg gekrönt sein, wenn die erneuerbaren Energien weiter einen festen Platz in unserer Energieproduktion erhalten und die fossilen Erzeugungen im Gegenzug zum steten Ausbaupfad für die erneuerbaren Energien einen geplanten Ausstiegspfad erhalten.

Gleichzeitig nehmen wir aber das Thema Akzeptanz sehr ernst. Wir wollen, dass die Menschen vor Ort früher informiert werden und Windkraft gemeinsam mit den Menschen in den Gemeinden realisiert wird.

Für die Erreichung der Ziele aus den Pariser Verpflichtungen ist aber noch etwas ganz anderes von besonderer Bedeutung. Wir müssen nicht nur den CO₂-Ausstoß im Bereich Strom drastisch reduzieren, sondern wir müssen das auch in den Bereichen Wärme und Verkehr tun. Im Gegensatz zur Stromerzeugung haben wir dort in den vergangenen Jahren leider keine Fortschritte gemacht.

Genau aus diesem Grund wollen wir mit dieser EntschlieÙung darauf hinwirken, dass die Hemmnisse für einen gleichberechtigten Marktzugang und die Schranken bei der Sektorenkopplung beseitigt werden. Der Strom muss einfach günstiger werden. Er ist aktuell zu teuer. Im Bereich der Netzentgelte gibt es eine Reihe von Regelungen, die der Energiewende entgegenstehen. Das muss sich ändern.

Zusätzlich muss mit Nachdruck die Entwicklung von Reallaboren für lokale Versorgungsmodelle in der Praxis vorangetrieben werden, um endlich diese neuen Modelle in der Lebenswirklichkeit der Menschen zu etablieren und ankommen zu lassen. Wir können nicht in zehn Jahren die Wasserstoffproduktion auf grüner Basis einfach aus dem Hut zaubern, sondern müssen jetzt damit beginnen.

Ein wesentlicher Schritt wird dabei auch der Abbau von Hindernissen beim Zugang in die bestehende Gasinfrastruktur sein. Mit dieser Maßnahme können wir dann die möglichen Erzeugungs- und Lastprofile viel besser aufeinander abstimmen.

Wir begrüßen ausdrücklich die bisherigen Aktivitäten und Positionierungen der Landesregierung für den Erhalt der Arbeitsplätze bei Enercon und den damit verbundenen Zulieferunternehmen. Wir müssen aber gemeinsam an dem Gelingen weiterarbeiten.

Liebe Kollegen, liebe Kolleginnen,

lassen Sie uns gemeinsam an dem Erhalt und dem Ausbau der Spitzenposition Niedersachsens im Bereich der Windenergie arbeiten und so in einer für Niedersachsen wichtigen Branche viele Arbeitsplätze erhalten.

Genau mit dieser Maßnahme werden wir für Niedersachsen ein gutes Fundament für eine noch bessere Zukunft legen. Ich freue mich daher an dieser Stelle auf Ihre breite Unterstützung zu diesem Entschließungsantrag, freue mich auf konstruktive, zügige und vor allen Dingen gedeihliche Beratungen im zuständigen Fachausschuss und bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.

Vielen Dank.